

Bundesminister des
Bundesministeriums für Wirtschaft
und Energie
Herrn Peter Altmaier
11019 Berlin

09. August 2021

Wasserstoff-Großprojekte: Keine Förderung für atomaren Wasserstoff

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

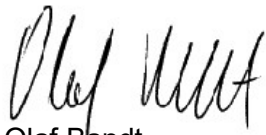
Sie haben sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür eingesetzt, das Important Project of Common European Interest on Hydrogen Technologies and Systems (IPCEI Wasserstoff) zu schaffen. Schon zu diesem Zeitpunkt haben wir kritisiert, dass darin „CO₂-armer“ Wasserstoff zum übergeordneten Herstellungskriterium erklärt wurde. Anstatt Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen klar Vorrang zu geben, wurde dieser mit der Herstellung aus Erdgas und Atomkraft gleichgestellt. Mit der kürzlich vorgestellten Liste der für eine Förderung ausgewählten Großprojekte erhärten sich unsere Befürchtungen, dass Deutschland nun konkret gefährdet ist, zum Importeur nuklearen Wasserstoffs zu werden.

Im Rahmen des Projekts mosaHyc, eine Kooperation von Creos und CRTgaz, soll ein grenzüberschreitendes Wasserstoffnetz zwischen Deutschland, Luxemburg und Frankreich errichtet werden. Dadurch sollen die weiteren Projekte TrafichDeux von Saarbahn und H₂SYNGAS, beantragt durch SHS/Saarstahl, mit Wasserstoff versorgt werden. In der Antwort auf die schriftliche Frage der Linksfraktion (Mai 2021, Frage 415) wird deutlich, dass die Bundesregierung es Frankreich freistellt, mit welcher Art von Wasserstoff Deutschland im Rahmen der geplanten Pipeline beliefern wird. Damit wird der Anspruch der Nationalen Wasserstoffstrategie aufgegeben, gemeinsam mit den europäischen Nachbarn einheitliche Nachhaltigkeitsstandards für die Erzeugung sowie den Transport von Wasserstoff zu entwickeln und entsprechende Nachweisverfahren zu etablieren. Ein Blick in die französische Wasserstoffstrategie zeigt, dass Deutschland dadurch zum Wegbereiter einer europäischen Renaissance der Atomkraft zu werden droht. In der Stratégie nationale pour le développement de l'hydrogène décarboné en France, die im September 2020 vorgestellt wurde, wird grundsätzlich zwischen dekarbonisiertem und erneuerbarem Wasserstoff unterschieden. Weiter heißt es, dass Frankreich in Anbetracht der geringen CO₂-Intensität seines Strommixes ein besonders geeigneter Standort für die Erzeugung dekarbonisierten Wasserstoffs sei. Bis 2030 plant die französische Regierung 6,5 GW an Elektrolysekapazitäten aufzubauen. Obwohl über die Förderung konkreter Vorhaben erst im nächsten Jahr entschieden werden soll, ergibt sich vor diesem Hintergrund die ernstzunehmende Bedrohung, dass Wasserstoff aus französischem Atomstrom über die Pipeline mosaHyc nach Deutschland transportiert wird.

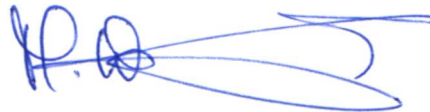
Wir stimmen mit Ihnen überein, dass die Versorgung der Stahlindustrie ein prioritäres Vorhaben beim Aufbau einer klimaneutralen Wasserstoffwirtschaft ist. Umso wichtiger ist es, bei der Transformation dieser Schlüsselindustrie besonders ambitioniert vorzugehen und höchste Klima- und Umweltstandards anzulegen. Unabhängig vom Folgeprodukt bleibt die Erzeugung von Atomstrom hochriskant, die Urangewinnung eine horrende Umweltverschmutzung und die Endlagerung ein ungelöstes generationenübergreifendes Problem. Mit dem eingeleiteten Atomausstieg ist Deutschland zum globalen Vorbild für ambitionierten Umweltschutz geworden. Den Atomenergiebetreibern darf keine neue Finanzierungsquelle durch eine staatliche Differenzkostenförderung (CCfD) eröffnet werden, die in der Folge zur gesicherten Abnahme nuklearen Wasserstoffs durch die deutsche Industrie führen würde. Bei der Umsetzung der IPCEI-Förderung sollte nur erneuerbarer Wasserstoff zum Zuge kommen. Gerade Frankreich verfügt über große Potenziale erneuerbarer Energien, die schnell erschlossen werden sollten. Die Bundesregierung muss sich aktiv um die Einhaltung dieser Vorgabe kümmern und die Förderung von Wasserstoff-Großprojekten davon abhängig machen.

Wir hoffen in diesem gemeinsamen Anliegen weiterhin auf Ihre Unterstützung. Für weiterführende Gespräche stehen wir Ihnen sehr gern persönlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Bandt
Vorsitzender des BUND e.V.



Matthias Weyland
Vorstand .ausgestrahlt